

„Buten un binnen – wagen un winnen“.¹ Bundespolitische Einflüsse auf die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft

Kai Arzheimer

1. Einleitung

Dass Wahlen in der Freien Hansestadt Bremen nur schwer mit den Landtagswahlen in den Flächenländern vergleichbar sind, versteht sich fast von selbst. Auch von den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Hamburger Bürgerschaft unterscheiden sich die Bremer Urnengänge deutlich. Während es sich bei Berlin und Hamburg um Millionenstädte mit eigenständigen Unterzentren handelt (vgl. Röper 1975: 509), entspricht die Einwohnerzahl des Landes Bremen in etwa der von Städten wie Hannover oder Leipzig und wird von der Bevölkerungsstärke von Frankfurt, Köln oder München bei Weitem übertroffen. Auch flächenmäßig ist Bremen mit rund 400 Quadratkilometern nur etwa halb so groß wie Hamburg (750 km²) oder Berlin (890 km²).

Noch weitaus stärker als in den beiden anderen Stadtstaaten trägt die Landespolitik in Bremen deshalb kommunalpolitische Züge (vgl. Röper 1975: 525; Roth 1980: 196). Dies schlägt sich auch in einer verfassungspolitischen Besonderheit nieder. Nominell existieren im Land Bremen drei Parlamente: Die Stadtverordnetenversammlung für die kreisfreie Stadt Bremerhaven, die Stadtbürgerschaft als Kommunalparlament für die kreisfreie Stadt Bremen sowie die

This is the author's version of the work. The definitive version will be published in Gabriel / Holtmann / Schnapp / Völkl (Hrsg.): Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1960. Nomos 2007/2008.

[↗ Kai Arzheimer's list of publications](#)

[↗ Kai Arzheimer's homepage](#)

Bremische Bürgerschaft, die als Landesparlament fungiert. Tatsächlich setzt sich die Stadtbürgerschaft jedoch aus den in der Stadt Bremen gewählten Landtagsabgeordneten zusammen,²

¹ „Draußen und drinnen – wagen und gewinnen“. Inschrift über dem Portal des Schütting (Gildehaus), Motto der Bremer Kaufleute.

² Seit der Einführung des Kommunalwahlrechtes für EU-Ausländer kann es hier zu (normalerweise geringfügigen) Abweichungen kommen. Bei der Wahl 2003 waren die Grünen unter den EU-Bürgern jedoch so erfolgreich, dass sie in der Stadtbürgerschaft eine Abgeordnete mehr stellen als in der Bürgerschaft. Umgekehrt gehört ein SPD-Abgeordneter nur der Bürgerschaft, aber nicht der Stadtbürgerschaft an.

sodass diese nicht nur de facto, sondern auch de jure zugleich als Landes- und als Kommunalpolitiker agieren. Zudem ergibt sich aus dieser Konstruktion die Notwendigkeit, dass eine Partei bzw. Koalition wenn irgend möglich nicht nur in der Bürgerschaft, sondern auch in der Stadtbürgerschaft über eine absolute Mehrheit verfügen sollte, da ansonsten der Senat kaum handlungsfähig wäre (vgl. Roth 1980: 197). Auch die Aufteilung des Landesgebiets auf die Stadt Bremen einerseits und die rund 50 Kilometer nördlich gelegene, deutlich kleinere Exklave Bremerhaven andererseits, trägt dazu bei, dass die Landespolitik in der Hansestadt oft sehr kleinteilig wirkt.

Diese räumliche Trennung von Bremen und Bremerhaven ist zudem für eine weitere politische Besonderheit verantwortlich: Bei den Bürgerschaftswahlen werden die beiden nach Einwohnerzahl, Wirtschaftskraft und Bevölkerungsstruktur sehr unterschiedlichen Städte als separate Wahlgebiete betrachtet,³ in denen die Fünf-Prozent-Klausel getrennt angewendet wird, sodass auch sehr kleinen Gruppierungen der Einzug ins Landesparlament gelingen kann. Zudem ist das Land Bremen aufgrund seiner bescheidenen Dimensionen noch stärker als die beiden anderen Stadtstaaten von einzelnen großen Arbeitgebern abhängig. Der Niedergang der Werften- und Stahlindustrie, aber auch die zunächst sehr umstrittene Gründung der Universität (1970/71) und die von der Landesregierung forcierte Entwicklung Bremens zu einem Hochtechnologie-Standort sind deshalb zugleich lokal- und landespolitische Themen. Dementsprechend haben die Wahlen zur Bürgerschaft stets einen besonderen Charakter, der vermutlich weniger Raum für bundespolitische Einflüsse lässt als in anderen Ländern.

2. Fragestellung und theoretische Grundlagen

Aufgrund der oben skizzierten Besonderheiten können die Bürgerschaftswahlen in Bremen prima facie als eine Art Lackmus-Test für die von Decker und von Blumenthal vertretene These vom zunehmenden Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlen gelten (vgl. Hough/Jeffery 2001, 2003, 2007; Burkhart 2005): Wenn sich solche Wechselwirkungen selbst in Bremen nachweisen ließen, wäre dies ein sehr starker Hinweis darauf, dass sich Landtagswahlen tatsächlich zu bundespolitischen Nebenwahlen entwickeln.

Bei der Analyse der empirischen Ergebnisse ist allerdings zu beachten, dass gerade die strukturellen Besonderheiten Bremens über die Zeit hinweg zu einem größeren Einfluss der Bundesebene auf die Landespolitik führen könnten: Seit dem Beginn der 1970er Jahre ist der Schuldenstand des Landes dramatisch angestiegen, sodass das Bundesverfassungsgericht bereits 1992 das Vorliegen einer „extremen Haushaltsnotlage“ festgestellt hat, die das Land aus eigener Kraft nicht mehr bewältigen kann. Zum Jahresende 2005 lag der Schuldenstand bei 13,4 Milliarden Euro (fast 20.000 Euro pro Einwohner), die Neuverschuldung betrug 1,1 Milliarden

³ Bis zur Verkleinerung der Bürgerschaft wurden in Bremen 80 und in Bremerhaven 20 Abgeordnete gewählt. Seit 2003 sind in Bremen 67 und in Bremerhaven 16 Sitze zu vergeben.

Euro (Pressemitteilung des Landesrechnungshofes vom 21. März 2006). Bremen ist deshalb seit langem auf Sonderzuweisungen aus dem Bundeshaushalt angewiesen, um seine laufenden Ausgaben decken zu können, und hat zudem ein starkes Interesse an Förder- und Strukturprogrammen des Bundes, von denen es potenziell profitieren könnte. Für Landespolitiker besteht deshalb unter Umständen ein Anreiz, sich im Wahlkampf als Vertreter der Bonner bzw. Berliner Regierungsparteien zu präsentieren (vgl. dazu den Hinweis auf den CDU-Wahlkampf von 1983 am Ende dieses Abschnitts).

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es deshalb zu prüfen, ob und wann sich trotz der oben skizzierten großen Bedeutung landes- bzw. kommunalpolitischer Themen Einflüsse der Bundespolitik auf die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft nachweisen lassen. Dabei wird analog zum Beitrag von Schoen in diesem Band, auf dessen ausführliche theoretische Darlegungen an dieser Stelle verwiesen sei, vom Ann Arbor-Modell ausgegangen. Dementsprechend wird die Wahlabsicht bei Landtagswahlen als gewichtete Summe von langfristig stabilen (Parteiidentifikationen, Wertorientierungen, Ideologien) und kurzfristig wandelbaren (Themen- und Kandidatenorientierungen) Einstellungen betrachtet. Grundsätzlich lässt sich dieses Modell problemlos von der nationalen auf die subnationale Ebene übertragen, wobei sich dann in einem nächsten Schritt die Frage stellt, ob und in welchem Umfang die auf die untergeordnete Ebene bezogenen Einstellungen unabhängig von den durch die nationale Politik geprägten Attitüden existieren.

Während eine solche Differenzierung im Falle von Wertorientierungen und ideologischen Einstellungen wenig plausibel erscheint, gibt es im Falle der Parteibindung durchaus gute Gründe dafür anzunehmen, dass politisch besonders interessierte Bürger in ihrer Stärke und Richtung je unterschiedliche Bindungen an Landes- und Bundesparteien entwickeln können. Dies gilt insbesondere für Länder wie Bremen, in denen eine Partei die Politik über Jahrzehnte dominieren konnte und dementsprechend die Lebenswelt der Menschen in ganz besonderer Weise prägt. Bedauerlicherweise lassen sich landes- und bundespolitische Komponenten von Parteiidentifikationen mit den gängigen Instrumenten jedoch nicht voneinander separieren. Unabhängig davon, ob die entsprechende Einstellung ausschließlich oder überwiegend bundespolitisch determiniert oder auch von der Landespolitik geprägt ist, bleibt aber zu erwarten, dass die global erfassten Parteiidentifikationen einen erheblichen Einfluss auf das Wahlverhalten haben.

Etwas klarere Trennlinien lassen sich im Falle der Themen- und vor allem der Kandidatenorientierung ziehen. Da die vertikale Kumulation von politischen Ämtern in Deutschland unüblich ist, treten die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien normalerweise mit dem genuinen Anspruch an, nach einem Wahlsieg das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen bzw. im Falle einer Niederlage als Oppositionsführer die politischen Debatten im Lande entscheidend mitzuprägen. Obwohl Landesparlamente und vor allem Staatskanzleien und -ministerien für die Rekrutierung von Bundespolitikern durchaus eine wichtige Rolle spielen, ist es eine seltene Ausnahme, dass wie 1998 in Niedersachsen eine Landtagswahl zum Plebiszit über die bundespolitischen Ambitionen eines Spitzenpolitikers gerät. Ebenfalls eher selten, aber etwas häufiger zu beobachten, ist der Fall, dass profilierte Bundespolitiker als Spitzenkandidaten bei einer Landtagswahl antreten und es auf

diese Weise zu einem Einfluss der Bundes- auf die Landespolitik kommt. In Bremen spielen beide Mechanismen jedoch keine Rolle: Weder haben die Oppositionsführer in der Bürgerschaft bzw. die Präsidenten des Senats bedeutsame bundespolitische Ambitionen entwickelt, noch ist es den Bremer Parteien gelungen, hochkarätige Bundespolitiker zu einer Kandidatur in der Hansestadt zu bewegen.

Allerdings existieren auf der Ebene der Kandidaten mindestens zwei weitere mögliche Verbindungen zwischen Bund und Land: Zum einen gehört der (potenzielle) Ministerpräsident stets dem Bundesrat an und hat jederzeit das Recht, im Bundestag und seinen Ausschüssen gehört zu werden. Ein Ministerpräsident ist deshalb – sei es im Sinne der von Schoen skizzierten Logik des Divided Government oder als Vertreter genuiner Landesinteressen – stets eine bundespolitische Figur, sodass entsprechende Einflüsse auf die Wahlentscheidung nicht auszuschließen sind. Da-rüber hinaus sind Auftritte prominenter Bundespolitiker inzwischen zu einem festen Bestandteil von Landtagswahlkämpfen geworden, weil die Parteien davon ausgehen, dass sich deren (positive) Bewertung auf die Landtagswahlentscheidung auswirkt, obwohl diese Personen selbst nicht zur Wahl stehen und es sich daher nicht um Kandidateneffekte im eigentlichen Sinne handelt.

Auch auf der Ebene der politischen Streitfragen lassen sich Bundes- und Landesebene nicht immer klar voneinander abgrenzen. Dies ergibt sich letztlich aus den Besonderheiten des deutschen Föderalismus, der von zahlreichen Verflechtungen zwischen den politischen Ebenen geprägt ist. Vor diesem Hintergrund können bundespolitische Themen wie die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts oder die Umsetzung der sogenannten Hartz-Gesetze einen erheblichen Einfluss auf die Landtagswahlentscheidung entwickeln, weil sie den Bürgern die Möglichkeit geben, Vorhaben der Regierung durch eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu blockieren oder zumindest ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Dies entspricht der in der Literatur häufig vertretenen These, dass sogenannte Nebenwahlen (vgl. Reif/Schmitt 1980; van der Eijk/Franklin 1995; van der Eijk u.a. 1996) den Bürgern die Gelegenheit zu einem Referendum über die Leistungen der Regierung geben (vgl. Carrubba/Timpone 2005: 262ff. für einen Überblick über drei alternative Erklärungen für ebenspezifisches Wahlverhalten in Mehrebenensystemen). In Deutschland wurde ein entsprechendes zyklisches Modell des Einflusses der Regierungspopularität auf die Landtagswahlen Ende der 1970er Jahre von Dinkel vorgeschlagen (Dinkel 1977, 1981, 1989), während sich die amerikanische Diskussion an der zuerst von Campbell (1960) formulierten Surge and Decline-Hypothese entzündete und seitdem kaum noch zu überblicken ist.⁴

Allerdings beschränken sich mögliche Einflüsse der Bundespolitik auf das Landtagswahlverhalten nicht auf ein etwaiges Referendum über das bundespolitische Personal bzw. dessen Politik. Vielmehr gewinnen umgekehrt auch scheinbar rein landespolitische Themen wie der Ausbau des Hafens, die Gründung einer Universität oder die Anwendung des Polizei- und Ausländerrechts eine bundespolitische Dimension, weil viele (potenzielle) Projekte der Landesregierung

⁴ Campbells Hypothese bezieht sich allerdings nicht auf Variationen zwischen nationaler und subnationaler Ebene.

nur mit finanzieller oder immaterieller Unterstützung des Bundes realisiert werden können bzw. im Kontext parteipolitischer Auseinandersetzungen auf der Bundesebene diskutiert werden. Zumindest einmal, nämlich bei der Bürgerschaftswahl von 1983, wurde dieser Zusammenhang von der Bremer CDU offensiv thematisiert: Angesichts der schon damals dramatischen Verschuldung des Landes, so die Argumentationslinie im Wahlkampf, könne Bremen nur durch eine „Achse“ zwischen der neuen Bundesregierung und einem unter CDU-Beteiligung gebildeten Senat gerettet werden (vgl. Roth 1984: 229).

Nur am Rande schließlich sei hier auf eine letzte potenzielle Verbindungslinie zwischen Bundes- und Landesebene hingewiesen, die häufig übersehen wird: Der Einfluss landespolitischer Objekte und Ereignisse auf die Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen. Das überragende Abschneiden der Unionsparteien bei der Bundestagswahl 2002 in Bayern (und deren ausgeprägte Schwäche in allen anderen Bundesländern) sind nur ein Beispiel für die Stärke solcher Effekte.

3. Daten und Methoden

In Ermangelung geeigneter Individualdaten stützen sich Untersuchungen zum Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlentscheidung bei Landtagswahlen häufig auf Aggregatdaten, das heißt letztlich auf den Vergleich von Wahlergebnissen für Bundestags- und Landtagswahlen. Sofern man sich nicht auf reine Makrohypothesen beschränkt, sind diese allerdings grundsätzlich nicht geeignet, Fragen nach dem Effekt der Bundesebene zu beantworten, da stets die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses besteht, wenn von Zusammenhängen auf der Aggregatebene auf das Verhalten individueller Wähler geschlossen wird: Selbst dann, wenn beide Wahlen am selben Tag abgehalten werden und identische Ergebnisse erbringen, besteht die Möglichkeit, dass sich hinter den entsprechenden Randverteilungen völlig unterschiedliche individuelle Wahlentscheidungen verbergen. Nur dann, wenn für beide Wahlgänge ein gemeinsamer Stimmzettel benutzt würde, ließe sich zweifelsfrei feststellen, wieviele Wähler auf Bundes- und Landesebene tatsächlich identische bzw. divergierende Wahlentscheidungen getroffen haben. Auch unter diesem Szenario wäre ein hoher Grad der Übereinstimmung aber kein zwingender Beweis für Einflüsse der Bundesebene, da auch identische Wahlentscheidungen auf voneinander abweichende Motive zurückgehen können und, wie am Ende des obigen Abschnitts dargelegt, ein Einfluss der Landesebene auf die Wahlentscheidung im Bund nicht auszuschließen ist. Dieses grundsätzliche Problem ist auch durch die Verwendung ökonometrischer Methoden zur Analyse von (kreuzkorrelierten) Zeitreihen nicht zu beheben, zumal die Anzahl der Fälle (Wahlen) in der Bundesrepublik für eine systematische Analyse viel zu gering ist und die zeitlichen Abstände zwischen den Wahlen aufgrund vorzeitiger Parlamentsauflösungen nicht konstant sind.

Dennoch kann ein Vergleich von Bundes- und Landesergebnissen sinnvoll sein, da er einen Eindruck davon vermittelt, wie groß der Einfluss landesspezifischer Einflüsse *mindestens* sein muss: Kommt es bei zeitlich benachbarten Wahlen auf

beiden Ebenen zu substanziellen Unterschieden zwischen den Randverteilungen, so ist klar, dass ein größerer Teil der Wähler sich an ebenenspezifischen Überlegungen orientiert hat. Aggregatdaten können deshalb für einen asymmetrischen Test herangezogen werden. Zwar ist es auf dieser Basis nicht möglich, die Wirkung von Bundeseinflüssen nachzuweisen. Gegebenenfalls lässt sich aber mit ihrer Hilfe die Hypothese, dass Landtagswahlen gänzlich von der Bundespolitik dominiert werden, falsifizieren. Im Verlauf des folgenden Abschnitts werden deshalb auf der Basis der amtlichen Ergebnisse auf Kreisebene die Diskrepanzen zwischen den Landtags- und Bundestagswahlen im Land Bremen diskutiert.

Im Anschluss daran wird auf der Grundlage von Mikrodaten der Einfluss bundespolitischer Effekte auf das Verhalten bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft geschätzt. Dabei ergeben sich allerdings eine Reihe von Problemen: Erstens müssen die ersten dreißig Jahre der Bremer Landespolitik unberücksichtigt bleiben, da die Studien der Forschungsgruppe Wahlen erst mit der Bürgerschaftswahl von 1979 einsetzen. Zweitens variiert das Frageprogramm der Forschungsgruppe, was die Zahl und den Inhalt der Stimuli angeht, über die Zeit hinweg nicht unerheblich. Dies gilt sowohl für die Fragen, die sich auf die Landespolitik beziehen, als auch für solche Items, mit denen bundespolitische Einflüsse erfasst werden könnten. Besonders problematisch ist dabei die Studie zur Bürgerschaftswahl von 1987, weil diese keine einzige Frage enthält, welche auf die Bundesebene bezogen ist. Drittens und letztens besteht das grundsätzliche Problem, dass landespolitische Einstellungen einschließlich der Wahlabsicht möglicherweise ihrerseits die Wahrnehmung der Bundespolitik beeinflussen können. Dies wiederum würde einerseits zu verzerrten und inkonsistenten Parameterschätzungen führen, andererseits unabhängig davon die kausale Interpretation etwaiger Zusammenhänge in Frage stellen. Die empirischen Ergebnisse aus dem zweiten Teil sind deshalb mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten.

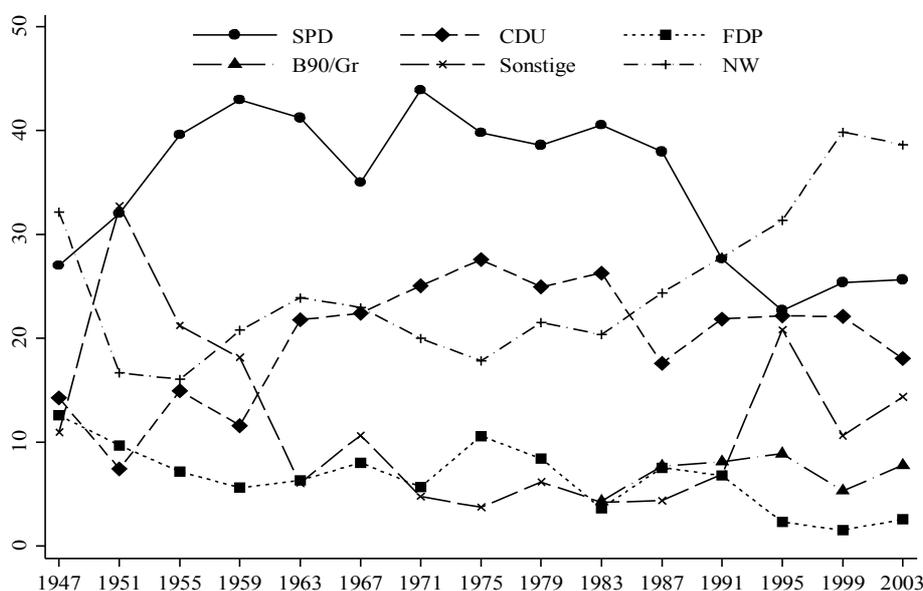
4. Ergebnisse: Makroebene

4.1 Die Wahlen zur Bürgerschaft 1947-2003

Abbildung 1 zeigt zunächst die Entwicklung der Landtagswahlergebnisse in Bremen über die Zeit. Als Prozentuierungsbasis wurde dabei die Zahl der Wahlberechtigten gewählt. Nur in dieser Betrachtungsweise, welche die Nichtwähler als eigenständige Gruppe hervortreten lässt, kann man die tatsächliche Mobilisierungsleistung der Parteien beurteilen. Für die Analyse von Landtagswahlen mit ihrer oft sehr niedrigen Wahlbeteiligung ist dies von besonderer Bedeutung, nicht zuletzt, weil durch die in den Medien gebräuchliche Prozentuierung auf die gültigen Stimmen die Diskrepanzen zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen erheblich unterschätzt werden können. Sehr deutlich sind dabei einige Besonderheiten der Landespolitik zu erkennen. Bereits bei der ersten Wahl nach dem Krieg konnte die SPD 27 Prozent der Wahlberechtigten – dies entsprach knapp 42 Prozent der gültigen Stimmen – für sich mobilisieren. Damit wurden die Sozialdemokraten in

der Bürgerschaft zur mit Abstand stärksten Kraft und konnten die seit Juni 1945 bestehende Koalition mit der BDV⁵ und der KPD fortsetzen. Letztere schieden Anfang 1948 aus der Landesregierung aus und wurden zunächst durch die CDU und die Deutsche Partei (DP) ersetzt. Ab Mitte 1948 wurde der Senat dann von einer Großen Koalition getragen. Präsident des Senats, das heißt Ministerpräsident, war bereits seit dem Sommer 1945 der ursprünglich von der Besatzungsmacht eingesetzte Wilhelm Kaisen, der dieses Amt bis 1965 inne hatte.

Abbildung 1: Die Ergebnisse der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 1947-2003
(Angaben: Prozent der Wahlberechtigten)



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen; eigene Berechnungen.

Bei der Bürgerschaftswahl von 1951 konnten die Sozialdemokraten ihre starke Stellung im Elektorat leicht ausbauen. Da zugleich die Wahlbeteiligung sehr stark, nämlich um rund 16 Punkte anstieg, musste die SPD bezogen auf die gültigen Stimmen und die Zahl ihrer Mandate in der Bürgerschaft dennoch leichte Verluste hinnehmen. Weitaus dramatischer waren allerdings die Einbußen der BDV/FDP und der CDU. Letztere verlor netto rund die Hälfte ihrer Wähler von 1947 und konnte lediglich sieben Prozent der Wahlberechtigten (bzw. neun Prozent der gültigen Stimmen) für sich mobilisieren. Ebenso dramatisch waren die Zugewinne für die Gruppe der sonstigen Parteien, für die ein knappes Drittel der Wahlberechtigten votierte, die in ihrer Mehrheit rechtsgerichtet waren. Neben der Deutschen Partei, die fast 15 Prozent der gültigen Stimmen erhielt, waren nun auch der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE),

⁵ Die Bremer Demokratische Volkspartei war eine liberale Partei, die 1951/52 in der FDP aufging.

die Wählergemeinschaft der Fliegergeschädigten (WDF) sowie die (im folgenden Jahr vom Bundesverfassungsgericht verbotene) Sozialistische Reichspartei (SRP) in der Bürgerschaft vertreten. SPD, CDU und BDV/FDP bildeten den Senat.

Mit der Bürgerschaftswahl von 1955 beginnt eine Phase der Konsolidierung des Bremer Parteiensystems. Bei weiterhin hoher (wenn auch im Laufe der nächsten Dekade allmählich sinkender) Wahlbeteiligung gelang es der SPD ihre führende Rolle weiter auszubauen und zur dominanten politischen Kraft in der Hansestadt zu werden. Bei dieser und den beiden folgenden Bürgerschaftswahlen mobilisierte sie jeweils mehr als 40 Prozent der Wahlberechtigten für sich, was 50 Prozent und mehr der gültigen Stimmen entsprach. Die Unterstützung für sonstige Parteien⁶ sank zunächst auf 21, dann auf 18 und 1963 schließlich auf sechs Prozent des Elektorats ab. Parallel dazu gewann die CDU langsam und mühevoll an Zuspruch unter den Wählern: 1955 erreichte sie in etwa die Stärke von 1947, fiel 1959 auf einen Anteil von knapp zwölf Prozent der Wahlberechtigten zurück, um schließlich 1963 erstmals mehr als ein Fünftel der Bürger für sich zu mobilisieren, während die Unterstützung für die FDP im Wesentlichen konstant blieb. Regiert wurde Bremen in diesen Jahren zunächst weiterhin von SPD, CDU und FDP, von 1959 bis 1965 von einer sozialliberalen und anschließend wieder von einer Großen Koalition.

Der Stimmenrückgang für die sonstigen Parteien sollte allerdings nicht über eine wichtige organisatorische Umstrukturierung hinwegtäuschen, die sich in diesem Lager vollzog: Bei der Deutschen Partei des Landes Bremen (DP), die sich 1963 zur Wahl stellte und mit etwas mehr als fünf Prozent der gültigen Stimmen vier Mandate in der Bürgerschaft gewinnen konnte – 1959 waren es noch 14,5 Prozent bzw. 16 Sitze gewesen – handelte es sich tatsächlich um einen Zusammenschluss des früheren Landesverbandes der DP, der die Fusion nicht mitvollzogen hatte, mit früheren Mitglieder des GB/BHE sowie der Deutschen Reichspartei. Dieses Bündnis gilt als (vergleichsweise erfolgreicher) Test für die ein Jahr später erfolgte Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), an der die Führung der Deutschen Partei des Landes Bremen maßgeblich beteiligt war (Schmollinger 1983: 1086).

Tatsächlich stieg, wie in Abbildung 1 zu erkennen ist, der Anteil der Sonstigen bei der Bürgerschaftswahl von 1967 wieder auf knapp über zehn Prozent der Wahlberechtigten an. Mehr als die Hälfte dieser Stimmen kamen der NPD zugute, die mit fast neun Prozent der gültigen Stimmen acht Mandate in der Bürgerschaft besetzen konnte. Damit erzielte die Partei ihr bislang bestes Ergebnis während der sogenannten zweiten Welle rechtsextremer Wahlerfolge, das sie nur 1968 in Baden-Württemberg (9,8% der gültigen Stimmen) übertreffen konnte. Parallel dazu sank die Zustimmung für die SPD erstmals seit 1951 wieder auf weniger als 40 Prozent der Wahlberechtigten ab. Dennoch blieben die Sozialdemokraten in der Bürgerschaft die mit Abstand stärkste Kraft und verfehlten nur denkbar knapp eine absolute Mehrheit der Mandate.

⁶ Unter diesen ist nach dem Verbot der SRP und dem Beitritt des Ministerflügels des GB/BHEs zur CDU nur noch die DP von Bedeutung, die schließlich 1961 mit dem GB/BHE zur Gesamtdeutschen Partei fusionierte (vgl. Stöss 1983).

Gestützt auf eine sozialliberale Koalition wurde nun erstmals Hans Koschnick zum Präsidenten des Senats gewählt, der, ähnlich wie vor ihm Wilhelm Kaisen, fast 18 Jahre im Amt bleiben sollte. Unter seiner Führung erreichte die SPD bei der folgenden Bürgerschaftswahl von 1971 mit einem Anteil von fast 44 Prozent der Wahlberechtigten bzw. 55 Prozent der gültigen Stimmen ihr bestes Ergebnis in der Geschichte des Landes und konnte von nun an alleine regieren, während die FDP leichte Verluste hinnehmen musste und die CDU etwas deutlichere Gewinne verbuchen konnte.

Bei den Wahlen von 1975, 1979 und 1983 gelang es der SPD nicht ganz, das Unterstützungsniveau von 1971 zu halten. Dennoch konnten die Sozialdemokraten über die nächsten zwölf Jahre hinweg jeweils etwa 40 Prozent der Wahlberechtigten für sich mobilisieren. Dies entsprach SPD-Mehrheiten im Bereich von 50 Prozent der gültigen Stimmen, aus denen sich nach allen Wahlen eine mehr oder minder deutliche Mehrheit der Mandate errechnete. Die CDU stabilisierte sich unter wechselnden Spitzenkandidaten im Bereich von rund einem Viertel der Wahlberechtigten und gewann jeweils etwa ein Drittel der Sitze in der Bürgerschaft, blieb damit aber mit weitem Abstand hinter der SPD zurück. Die FDP schließlich konnte 1975 eine ihrer besten Mobilisierungsleistungen überhaupt verzeichnen, verlor aber 1979 erkennbar an Zuspruch und schied 1983 (möglicherweise wegen ihrer unklaren Haltung zur Wende in Bonn, vgl. Roth 1984: 230) aus der Bürgerschaft aus, während der Bremer Grünen Liste (vgl. dazu Fußnote 13) erstmals der Sprung über die 5-Prozent-Hürde gelang.

Auch mit Bezug auf die Gruppe der Nichtwähler kann die Bürgerschaftswahl von 1983 als ein Wendepunkt gelten, da hier letztmals eine Wahlbeteiligung von (knapp) 80 Prozent erreicht wurde. Mit der darauffolgenden Bürgerschaftswahl von 1987 begann ein im Wesentlichen linearer Anstieg des Nichtwähleranteils, in dessen Gefolge bereits 1991 die Zahl der Nichtwähler die Zahl der SPD-Wähler leicht übertraf. Ab 1995 stellen die Nichtwähler dann die bei Weitem größte Gruppe unter den Wahlberechtigten dar.

Unter jenen Bürgern, die sich weiterhin an den Bürgerschaftswahlen beteiligen, konnte die SPD – nun geführt von Klaus Wedemeier, der 1985 nach dem Rücktritt von Koschnick (vgl. Roth 1988: 60) dessen Amt übernommen hatte – auch 1987 trotz leichter Verluste nochmals eine klare Mehrheit für sich gewinnen, die es den Sozialdemokraten zum letzten Mal ermöglichte, einen reinen SPD-Senat zu bilden. Weitaus dramatischer waren die Verluste der CDU, die erstmals seit 1959 wieder weniger als 20 Prozent der Wahlberechtigten mobilisieren konnte und fast ein Viertel ihrer Mandate in der Bürgerschaft verlor. Die klaren Gewinner der Wahl waren FDP und Grüne, die ihren Stimmenanteil in etwa verdoppeln konnten und beide jeweils zehn Mandate in der Bürgerschaft gewannen. Ebenfalls als Wahlgewinner konnte sich die rechtsextreme DVU betrachten, die zwar landesweit nur 3,4 Prozent der gültigen Stimmen erhielt, aufgrund ihres guten Abschneidens in Bremerhaven aber dennoch ein Mandat in der Bürgerschaft besetzen konnte.

Die Bürgerschaftswahl von 1991 markiert das Ende der sozialdemokratischen Alleinherrschaft. Erstmals seit 1947 votierten weniger als ein Drittel der Wahlberechtigten für die SPD. Trotz der dramatisch gesunkenen Wahlbeteiligung

war damit die im Grunde seit 1955 bestehende Mehrheit der Mandate⁷ verloren. Die CDU konnte zwar gegenüber dem verheerenden Ergebnis von 1987 etwas Boden gutmachen, bewegte sich aber weiterhin auf dem Niveau der frühen 1960er Jahre, während die Unterstützung für Grüne und FDP im Wesentlichen unverändert blieb. Die DVU schließlich konnte ihr Ergebnis von 1987 verdoppeln und gewann sechs Mandate. Im Ergebnis wurde in der Bürgerschaft nach Brandenburger Vorbild die sogenannten Ampelkoalition aus FDP, Grünen und SPD gebildet,⁸ die schließlich vier Monate vor Ablauf der regulären Legislaturperiode unter dramatischen Umständen zerbrach (vgl. Roth 1996: 272f.). Präsident des Senats wurde wiederum Wedemeier.

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl von 1995 spiegelt die weitverbreitete Unzufriedenheit mit dem Ampelsenat, aber auch die mangelnde Attraktivität der christdemokratischen Opposition wieder. Während die CDU im Wesentlichen unverändert blieb, sank die Unterstützung für die SPD nochmals um rund fünf Prozentpunkte ab, sodass beide großen Parteien nun erstmals in der Geschichte des Landes fast gleichauf lagen. Die FDP verlor mehr als die Hälfte ihrer Anhänger und schied (wie auch die DVU) erneut aus der Bürgerschaft aus. Die Grünen hingegen konnten leichte Zugewinne verbuchen, aus denen bei weiterhin sinkender Wahlbeteiligung eine deutlich größere Zahl von Mandaten resultierte. Der größte Gewinner der Wahl war allerdings die neugegründete Gruppierung Arbeit für Bremen (AFB), die sich von der SPD abgespalten und rechts von der Mutterpartei platziert hatte. Mit einem Wählerstimmenanteil von knapp elf Prozent konnte die AFB zwölf Mandate in der Bürgerschaft besetzen. Obwohl die SPD gemeinsam mit den Grünen über eine denkbar knappe rechnerische Mehrheit von einer Stimme verfügt hätte, bildete Henning Scherf nach dem Rücktritt Wedemeiers eine Große Koalition mit der CDU (vgl. Roth 1996: 279ff.).

Bei der Bürgerschaftswahl von 1999 stieg der Anteil der Nichtwähler auf seinen bislang höchsten Wert von fast 40 Prozent. Während sich die Unterstützung für die CDU fast exakt auf dem Niveau der Wahlen von 1995 und 1991 bewegte, konnte die SPD erkennbare Zugewinne verbuchen, blieb aber deutlich hinter dem bereits sehr schlechten Ergebnis von 1991 zurück. Dank der substanziell gesunkenen Wahlbeteiligung avancierte die SPD dennoch zur stärksten Fraktion in der Bürgerschaft, blieb aber auf einen Koalitionspartner angewiesen. Verluste mussten auch die FDP und die Grünen hinnehmen. Während Letztere aber weit über der 5-Prozent-Hürde blieben, verfehlten die Liberalen zum zweiten Mal hintereinander den Einzug in die Bürgerschaft. Die AFB schließlich erreichte weniger als ein Fünftel ihres Ergebnisses von 1995 und verlor alle ihre Mandate. Dennoch blieb der Anteil der Sonstigen, das heißt in erster Linie der PDS und der DVU, hoch. Letztere konnte wie bereits 1987 aufgrund der Sonderregelung für Bremerhaven ein Mandat besetzen, obwohl sie landesweit klar unter fünf Prozent geblieben war. Entgegen dem bundespolitischen Muster wurde auf Betreiben von Henning Scherf die Große

⁷ 1967 hatte die SPD genau 50 der 100 Mandate gewonnen, sodass rechnerisch ein Patt zwischen ihr und allen anderen Parteien bestand.

⁸ Eine SPD-FDP Koalition nach traditionellem Muster hätte in der Bürgerschaft eine hauchdünne Mehrheit von 51 Stimmen in der Bürgerschaft gehabt, in der Stadtbürgerschaft aber nicht über die erforderliche Mehrheit verfügt (vgl. Roth 1992: 288).

Koalition fortgesetzt, obwohl Rot-Grün nun über eine klare Mehrheit von 57 Mandaten verfügt hätte (vgl. Roth 2000: 25).

Die Wahl zur Bürgerschaft 2003 schließlich war bei marginal gesteigener Wahlbeteiligung für SPD, Grüne und FDP mit moderaten Zugewinnen verbunden. Obwohl die Liberalen insgesamt weniger als fünf Prozent der gültigen Stimmen erreichten, konnten sie – ebenso wie die DVU – dank ihres guten Abschneidens in Bremerhaven ein Mandat in der auf 83 Sitze verkleinerten Bürgerschaft besetzen. Die Christdemokraten hingegen verloren nach acht Jahren in der Regierung deutlich an Rückhalt bei den Wählern und schnitten nun annähernd so schlecht wie 1987 ab. Die Unterstützung für die Sonstigen schließlich (das heißt im Wesentlichen für die PDS, die Schill-Partei, die DVU und die wiederbelebte Deutsche Partei) erreichte ihren höchsten Stand seit dem Ende der 1950er Jahre, wenn man vom Erfolg der inzwischen aufgelösten AFB bei der Wahl von 1995 einmal absieht. Wiederum erzwang Henning Scherf durch eine Rücktrittsdrohung gegenüber der eigenen Partei die Fortsetzung der Großen Koalition (vgl. Roth 2004: 250).

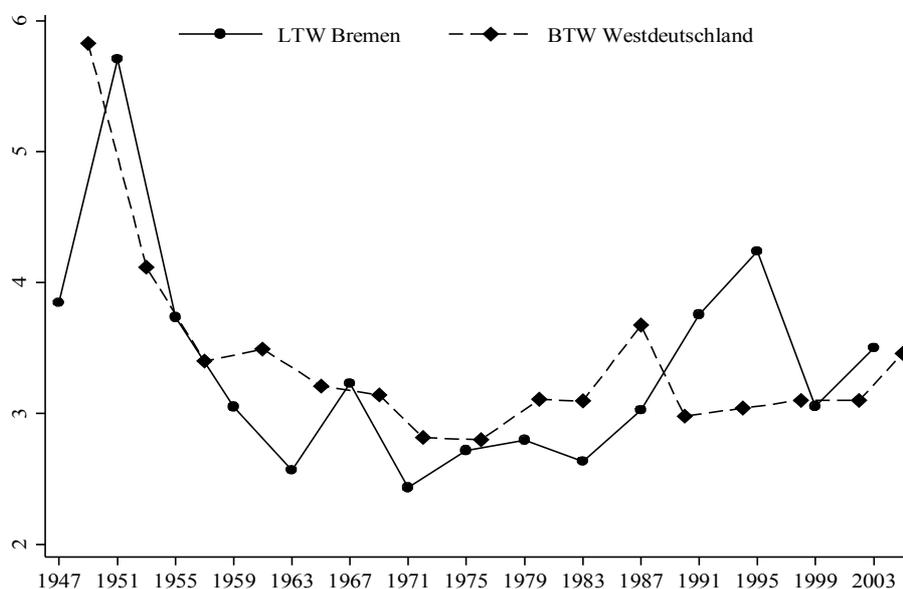
4.2 Bundestags- und Landtagswahlergebnisse 1947-2005

Auf den ersten Blick sprechen diese Ergebnisse dafür, dass die Bundespolitik kaum einen signifikanten Einfluss auf die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft gehabt haben kann, da die jahrzehntelange Dominanz der SPD und die ausgeprägte Schwäche der CDU keine Entsprechungen auf der Bundesebene haben und auch ansonsten kaum durch etwaige bundespolitische Faktoren oder Zyklen zu erklären sind. Ähnliches gilt für den Konzentrationsprozeß in den 1950er Jahren, von dem in Bremen in erster Linie die Sozial- und nicht die Christdemokraten profitiert haben, und die Aufsplitterung des lokalen Parteiensystems seit den späten 1980er Jahren, die in ähnlicher Form auch in den beiden anderen Stadtstaaten (vgl. Arzheimer 2001), nicht aber im Bund insgesamt zu verzeichnen ist. Abbildung 2, für welche die effektive Zahl der Parteien im Elektorat berechnet wurde, verdeutlicht die Verhältnisse: Ab Ende der 1950er Jahre lag dieser Wert bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft mehr oder minder deutlich unter den Vergleichszahlen für die Bundestagswahlergebnisse insgesamt. Die auf der Bundesebene seit Beginn der 1970er Jahre zu verzeichnende zunehmende Fragmentierung wurde bei den Bremer Bürgerschaftswahlen erst mit einer gewissen Verzögerung vollzogen, erreichte aber dann in den 1990er Jahren, als die effektive Zahl der Parteien zeitweise auf über vier stieg, deutlich höhere Werte.

Vergleicht man allerdings die Ergebnisse der Landtagswahlen von 1947-2003 mit den Ergebnissen der Bundestagswahlen von 1949-2005 im Land Bremen, so ist ein deutlich größeres Maß an Übereinstimmung zu erkennen. Abbildung 2 zeigt den von Johnston für den kanadischen Fall vorgeschlagenen und von Hough und Jeffery in die deutsche Diskussion eingeführten Index der aggregierten und saldierten Wählerwanderungen zwischen nationalen und subnationalen Wahlen. Diese Größe ist mit dem Pedersen-Index (vgl. Pedersen 1983) identisch, der häufig verwendet wird, um derartige Verschiebungen zwischen zwei Wahlen auf *derselben* politischen Ebene zu erfassen, indem die Gewinne aller Parteien, die einen Zuwachs zu verzeichnen hatten, aufsummiert werden. Anders als in den von Hough und Jeffery

vorgelegten Berechnungen werden hier aber aus den oben dargelegten Gründen auch die Nichtwähler berücksichtigt, woraus sich insgesamt etwas höhere, aber realistischere Werte ergeben.⁹ Aus der Abbildung geht hervor, dass zumindest im Gebiet der Stadt Bremen seit den 1950er Jahren die Abweichungen zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen relativ gering waren und sich bis in die 1990er Jahre weiter abschwächten,¹⁰ um dann sprunghaft anzusteigen. Der Mittelwert von 15 Punkten, der sich für den gesamten Zeitraum ergibt, wurde damit nur bei sechs der 15 Wahlen überschritten.

Abbildung 2: Effektive Zahl der Parteien im Elektorat bei Bürgerschafts- und Bundestagswahlen (Angaben: Effektive Zahl der Parteien im Elektorat)



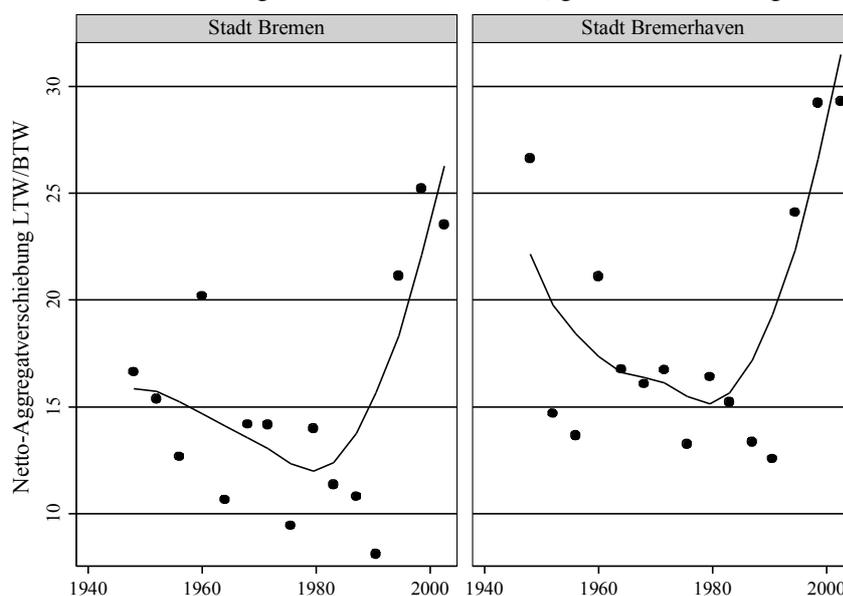
Quelle: siehe Abbildung 1; eigene Berechnungen.

⁹ Verglichen wurde jeweils eine Landtagswahl mit der zeitlich am nächsten gelegenen Bundestagswahl. Von 1947/49 bis zur vorgezogenen Bundestagswahl 1972 folgten Bürgerschafts- und Bundestagswahlen jeweils im Abstand von rund zwei Jahren aufeinander. Von 1971/72 an war dieser Abstand auf ein Jahr verkürzt; durch die Auflösung des Bundestags im Winter 1982/83 schließlich kehrte sich die Reihenfolge beider Wahlen sogar um, sodass nun die Bürgerschaftswahlen rund ein halbes Jahr nach den Bundestagswahlen stattfanden. Durch das Vorziehen der Bundestagswahl 1990 wurde dieser Abstand nochmals vergrößert, sodass Bürgerschaftswahlen von 1991 an jeweils im Kalenderjahr, das der Bundestagswahl folgte, abgehalten wurden. Aus der vorgezogenen Auflösung des Bundestages im Sommer 2005 schließlich ergibt sich, dass ab der (hier noch nicht berücksichtigten) Bürgerschaftswahl 2007 die Wahlen im Land Bremen rund zwei Jahre *nach* einer Bundestagswahl stattfinden.

¹⁰ Eine Ausnahme bildeten nur die Wahlen 1959/61. Hier erzielte die CDU bei den Bürgerschaftswahlen ihr zweitschlechtestes Ergebnis überhaupt, erhielt aber bei den darauffolgenden Bundestagswahlen (und auch bei der Bürgerschaftswahl von 1963) fast doppelt so viele Stimmen.

Ein prinzipiell sehr ähnliches Muster zeigt sich auch im Wahlgebiet Bremerhaven. Allerdings sind hier die Abweichungen zwischen Bundestags- und Bürgerschaftswahlen durchweg¹¹ größer und bewegen sich mit durchschnittlich 18,6 Punkten auf einem deutlich höheren Niveau, was auf einen größeren Einfluss genuin lokaler bzw. regionaler Effekte schließen lässt (zu den Besonderheiten von Bremerhaven vgl. Röper 1975: 510).

Abbildung 3: Netto-Aggregatverschiebungen zwischen Bürgerschafts- und Bundestagswahlen im Land Bremen, getrennt nach Wahlgebieten



Quelle: siehe Abbildung 1; eigene Berechnungen.

Die Indexwerte sind insofern nützlich, als sie einen globalen Eindruck davon vermitteln, wie ähnlich sich Bundestags- und Landtagswahlergebnisse über lange Zeit waren und zu welchem Zeitpunkt beide Ebenen auseinanderzudriften begannen. Damit ist allerdings noch nichts darüber gesagt, welcher Art die Unterschiede sind, die zwischen Bundes- und Landtagswahlen auftreten. Abbildung 4 zeigt deshalb getrennt für sechs Gruppen von Wahlberechtigten – die Anhänger der SPD, der CDU, der FDP, der Grünen, aller übrigen Parteien sowie für die Nichtwähler – den Zusammenhang zwischen deren Stärkeverhältnis bei den 15 bereits bekannten Paaren von Bürgerschafts- und Bundestagswahlen. Dabei sind alle sechs Teilgrafiken nach einem identischen Muster aufgebaut: Auf der waagrechten Achse sind die Anteilswerte bei der Bundestagswahl, auf der senkrechten Achse die Werte für die zugehörige Landtagswahl eingetragen. Die gestrichelte diagonale Linie

¹¹ Nur 1951/53 ist der Indexwert in der Stadt Bremen (marginal) größer als in Bremerhaven.

repräsentiert einen auf beiden Ebenen identischen Stimmenanteil. Dementsprechend stehen Punkte, die unterhalb der Linie liegen, für Fälle, in denen eine Partei bei der Bundestagswahl erfolgreicher war als bei der zugehörigen Bürgerschaftswahl. Im umgekehrten Fall liegt der Punkt dementsprechend oberhalb der Diagonalen. Die dünne durchgezogene Linie ist eine einfache Regressionsgerade, die beide Stimmenanteile in einen linearen Zusammenhang setzt. Ist diese Gerade flacher als die Diagonale, so bedeutet dies, dass besonders gute oder schlechte Bundestagswahlergebnisse nicht mit einer entsprechend großen Variation bei den Bürgerschaftswahlen einhergehen. Eine Gerade, die steiler ist als die Diagonale deutet daraufhin, dass die Verhältnisse umgekehrt liegen. Punkte, die ungewöhnlich weit von einer der beiden Geraden entfernt liegen und deshalb als Ausreißer¹² gelten können, sind mit den entsprechenden Jahreszahlen markiert. Wie im Fall von Abbildung 3 wurden Bremen und Bremerhaven getrennt betrachtet, sodass für jede der sechs Gruppen von Wahlberechtigten 30 Fälle (Paare von Wahlen) analysiert werden.

Am interessantesten ist das Bild, das sich für die SPD ergibt. Eine beträchtliche Zahl der Datenpunkte liegt hier in der Nähe oder sogar oberhalb der Diagonalen. Das heißt den Sozialdemokraten ist es häufig gelungen, bei Bundes- und Landtagswahlen gleichermaßen gute Ergebnisse zu erzielen. Die Regressionsgerade ist allerdings etwas flacher als die Diagonale, was unter anderem auf die am oberen rechten Rand der Punktwolke abgebildeten Wahlen zurückgeht, bei denen die SPD zwar sehr gute Bundestagswahlergebnisse erzielen konnte, bei der Bürgerschaftswahl aber deutlich schlechter abschnitt. Besonders bemerkenswert schließlich sind die Punkte am unteren Rand der Verteilung. Sie stehen für die drei jüngsten Bürgerschaftswahlen, bei denen die SPD historische Tiefstände verzeichnen musste, während sie bei den vorangegangenen Bundestagswahlen vergleichsweise gut abschnitt. An dieser Stelle zeigt sich deutlich, dass sich zwischen dem (aggregierten) Bundes- und Landtagswahlverhalten Mitte der 1990er Jahre eine Schere geöffnet hat, die für den oben beschriebenen Anstieg der Indexwert verantwortlich ist.

Etwas einfacher stellt sich die Entwicklung für die CDU dar. Hier verläuft die Gerade für die Regression der Landes- auf die Bundesergebnisse unterhalb, aber fast parallel zur Diagonalen. Auf einem generell etwas niedrigeren Niveau folgt die Entwicklung auf der Landesebene also weitgehend den Trends für die Bundestagswahlergebnisse im Land. Als Ausreißer müssen jedoch die Wahlen aus den 1950er Jahren gelten: Hier konnten die Christdemokraten bei Bundestagswahlen regelmäßig bereits erheblich bessere Resultate erzielen als bei den jeweils vorangegangenen Wahlen zur Bürgerschaft.

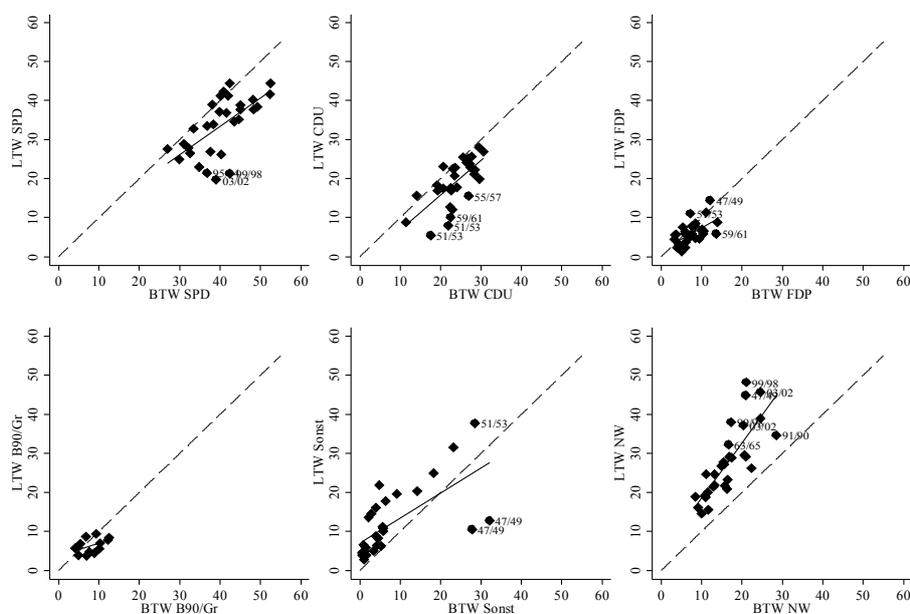
Die FDP erhielt in Bremen bei Bundestagswahlen generell deutlich mehr Unterstützung als bei den Wahlen zur Bürgerschaft. Eine wichtige Ausnahme bilden jedoch die Bürgerschaftswahlen der Nachkriegszeit, in denen zehn Prozent und mehr der Wahlberechtigten der damaligen BDV ihre Stimme gaben, ohne dass sich dies in vergleichbare Erfolge bei den Bundestagswahlen umgesetzt hätte. Dies lässt

¹²

Als Ausreißer gelten hier Fälle mit einem standardisierten Residuum > 2 für eine der beiden Regressionen.

sich vermutlich durch die damals noch relativ lockere organisatorische Verknüpfung von FDP und BDV sowie deren starke lokale Verwurzelung erklären.

Abbildung 4: Bundestags- vs. Bürgerschaftsergebnisse für SPD, CDU, FDP, Grüne, Sonstige und Nichtwähler, 1947-2003



Quelle: siehe Abbildung 1; eigene Berechnungen.

Für Bündnis90/Die Grünen können insgesamt nur sechs bzw. sieben Wahlpaare analysiert werden.¹³ Nur zweimal – 1995 und 1991, nachdem die westdeutschen Grünen bei der Vereinigungswahl des Vorjahrs aus dem Bundestag ausgeschieden waren – erzielte die Partei bei Bürgerschaftswahlen ein besseres Ergebnis als bei der Bundestagswahl. 1994/95 waren die Differenzen zwischen beiden Ergebnissen allerdings marginal. Ansonsten schnitten Bündnis90/Die Grünen bei nationalen Wahlen stets signifikant besser ab als auf Landesebene.

Die in sich extrem heterogene Gruppe der sonstigen Parteien erreichte im historischen Vergleich bei Bürgerschaftswahlen erwartungsgemäß insgesamt stets sehr viel mehr Zuspruch als bei Bundestagswahlen. Die buchstäblich einzige Ausnahme von dieser Regel waren die Wahlen von 1947/49, da bei der ersten Bürgerschaftswahl nach dem Krieg aufgrund der restriktiven Lizenzierungspolitik

¹³

Bei der Landtagswahl 1979 erhielt die Bremer Grüne Liste (BGL) 5,1 Prozent der gültigen Stimmen und konnte als bundesweit erste grüne Partei in ein Landesparlament einziehen. Für die Zwecke dieser Analyse wurde die BGL jedoch als sonstige Partei betrachtet, da die BGL letztlich auf eine Abspaltung von der SPD zurückging und in Konkurrenz zum wenig später gegründeten Landesverband der Partei Die Grünen stand, dessen Erfolg bei der Bürgerschaftswahl 1983 schließlich zur Auflösung der BGL führte.

der Alliierten (vgl. von Alemann 2000: 46) zunächst nur wenige Parteien zugelassen waren, während bei der ersten Bundestagswahl das Weimarer Vielparteiensystem noch einmal auflebte (vgl. Falter 1981). Eine vergleichbare Konstellation lag auch bei den Wahlen von 1951 und 1953 vor: Während bei der Bürgerschaftswahl neben der DP und dem GB/BHE noch die rechtsextreme SRP kandidierte und mit 7,7 Prozent der gültigen Stimmen ein sehr respektables Ergebnis erzielte, war Letztere bei der darauffolgenden Bundestagswahl bereits vom Bundesverfassungsgericht verboten worden, und DP und GB befanden sich bereits im Niedergang.

Der Nichtwähleranteil schließlich war ebenfalls erwartungsgemäß bei allen Bürgerschaftswahlen höher als bei den entsprechenden Bundestagswahlen. Dabei verläuft die Trendgerade etwas steiler als die Diagonale, das heißt besonders hohe Nichtwähleranteile im Bund gehen mit überproportional hohen Nichtwähleranteilen von bis zu 40 Prozent im Land einher. Verantwortlich für dieses Muster ist neben der ersten Bürgerschaftswahl von 1947 das extreme Absinken der Wahlbeteiligung in den späten 1990er Jahren, das sich in dieser Form bei Bundestagswahlen (noch) nicht zeigt.

Fasst man diese Ergebnisse zusammen, so lässt sich festhalten, dass Bundes- und Bürgerschaftswahlergebnisse im Land Bremen vor allem zu Beginn und am Ende des Untersuchungszeitraums voneinander abweichen. Diese Abweichungen lassen sich durch vier Muster beschreiben: Erstens die phasenweise sehr große, aber weitgehend auf die regionale Ebene beschränkte Bedeutung sonstiger Parteien, zweitens und drittens das Absinken der Wahlbeteiligung bei den Bürgerschaftswahlen und der bislang ebenfalls auf die Bürgerschaftswahlen beschränkte (relative) Niedergang der SPD sowie viertens schließlich die notorische Schwäche der CDU, die sich auf der Landesebene noch etwas deutlicher zeigt als im Bund. Zwei dieser Phänomene – die (seit Ende der 1980er Jahre) niedrige Wahlbeteiligung sowie die (phasenweise zu beobachtenden) Experimente der Wähler mit nicht-etablierten Parteien – können als typische Nebenwahlphänomene betrachtet werden. In der Mehrzahl der hier betrachteten Fälle stimmen Bundes- und Landesergebnisse jedoch relativ gut überein, wenn man davon absieht, dass bei generell niedrigerer Wahlbeteiligung im Land die auf die Wahlberechtigten bezogenen Anteile der Parteien proportional kleiner sind.

Dieser relativ hohe Grad an Übereinstimmung ließe sich einerseits durch die oben diskutierte dominierende Rolle bundespolitischer Objekte und Ereignisse erklären. Andererseits ist es aber gerade in einem so kleinräumigen Land wie Bremen durchaus möglich, dass umgekehrt die Landespolitik das Wahlverhalten auf der Bundesebene färbt. Vor dem Hintergrund der oben angesprochenen Abweichungen zwischen den Bundestagswahlergebnissen im Land Bremen und der generellen Entwicklung in den westdeutschen Bundesländern, erscheint allerdings eine dritte Erklärung weitaus plausibler: Sowohl das Verhalten bei Bürgerschaftswahlen als auch das Entscheidungskalkül für nationale Wahlen wurde vermutlich entscheidend von *strukturellen* Faktoren wie dem immer noch hohen Anteil der Industrie- und Hafearbeiter, der parteipolitischen Durchdringung des öffentlichen Dienstes im Sinne der SPD (vgl. Röper 1975: 514), dem geringen Einfluss des (politischen) Katholizismus und dem von Wilhelm Kaisen in der Nachkriegszeit begründeten Bündnis zwischen Kaufleuten und Arbeitern beeinflusst. Die in den 1990er Jahren

einsetzenden Veränderungen wären dann als Folge des in der Literatur ausführlich diskutierten Zerfalls traditioneller Bindungen zu interpretieren, der sich bei den (in den Augen der Bürger weniger wichtigen) Landtagswahlen schneller und stärker bemerkbar macht als bei den Wahlen zum nationalen Parlament.

Auf der Grundlage von Makrodaten ist es naturgemäß unmöglich, Aussagen über die Motive der Wähler zu treffen. Trotz der oben skizzierten Einschränkungen wird deshalb im nächsten Abschnitt auf die vorhandenen Umfragedaten¹⁴ zurückgegriffen, um dieser Frage noch etwas weiter nachzugehen.

5. Ergebnisse: Mikroebene

In vier¹⁵ der sieben seit 1979 durchgeführten Studien wurden die Respondenten direkt gefragt, ob ihre Wahlentscheidung stärker von bundes- oder von landespolitischen Motiven beeinflusst worden ist. Aus methodischen Gründen sind derartige Fragen grundsätzlich höchst problematisch, da sie den Befragten ein hohes Maß an Reflektionsvermögen und -bereitschaft abverlangen. Respondenten, die möglichst wenig Mühe auf die Antwort verwenden oder in ihrem Antwortverhalten konsistent erscheinen wollen, werden im Kontext einer Landtagswahlstudie vermutlich schon aus diesen Gründen der Landesebene die größere Bedeutung zusprechen. Die Befunde in Tabelle 1 sind jedoch so eindeutig – mindestens zwei Drittel der Bürger geben an, sich bei ihrer Wahlentscheidung primär an landespolitischen Aspekten zu orientieren – und vor allem über die Zeit so stabil, dass man tatsächlich davon ausgehen kann, dass es sich bei den hier betrachteten Bürgerschaftswahlen nicht um primär bundespolitisch determinierte Urnengänge handelt.

Tabelle 1: Subjektive Bedeutung der Bundespolitik für die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft (Angaben: Prozent)

Wichtiger...	1979	1983	1999	2003
Land	73	66	70	69
Bund	27	34	30	31
N	659	1008	879	707

Quelle: ZA 4182.

¹⁴ Die Daten sind beim Zentralarchiv (ZA) für empirische Sozialforschung in Köln unter folgenden Nummern archiviert: ZA 2314 (1979), ZA 1370 (1983), ZA 1655 (1987), ZA 2119 (1991), ZA 2581 (1995), ZA 3169 (1999), ZA 3953 (2003). Alle Umfragen wurden vom ZA in Kooperation mit den Universitäten Halle und Stuttgart zu einem gemeinsamen Datensatz integriert (ZA 4182).

¹⁵ 1979, 1999 und 2003 waren zwei Kategorien vorgegeben, 1983 konnten die Befragten zusätzlich beiden Ebenen die gleiche Bedeutung zuordnen. Da von dieser Möglichkeit nur sieben der mehr als 1000 Interviewten Gebrauch machten, wurden diese Antworten im Sinne einer einfachen und übersichtlichen Darstellung von der Auswertung ausgeschlossen.

Einen tieferen Einblick in die Dynamik der Wahlentscheidung können jedoch nur statistische Modelle vermitteln, die deshalb im Zentrum dieses Abschnitts stehen. Da multinomiale Modelle mit steigender Kategorienganzahl sehr unübersichtlich werden und überdies die Zahl der Fälle in vielen Kategorien beschränkt ist, was zu Problemen bei der Schätzung von Parametern führen kann, werden die Befragten für die Zwecke der Analyse in lediglich drei Gruppen aufgeteilt: CDU-Wähler, SPD-Wähler und solche Bürger, die angeben, eine beliebige andere Partei zu unterstützen oder sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Diese heterogene Residualkategorie wurde als Kontrastgruppe definiert. Die Koeffizienten beschreiben dementsprechend, welchen Einfluss ein bestimmtes Merkmal auf die Wahrscheinlichkeit hat, dass ein Bürger für die CDU bzw. die SPD und nicht für eine andere Partei bzw. die Wahlenthaltung optiert.

Tabelle 2: Die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 1979-2003: Sozialstrukturelles Modell (Angaben: **unstandardisierte Logitkoeffizienten**)

	1979	1983	1987	1991	1995	1999	2003
CDU							
Arbeiter	.34	.48	.12	-.09	-.05	-.44	.23
Katholik	1.28 ^a	.20	.79 ^a	.20	.50	.23	.68 ^a
Kirchgang	.17	.42 ^c	.13	.18 ^a	.10	.23 ^b	
Konstante	-.39	.08	-.39	-.30	-.26	.24	-.43 ^c
SPD							
Arbeiter	1.35 ^c	.57 ^a	.98 ^c	.87 ^c	.88 ^c	.17	.32
Katholik	-.35	-.87 ^b	-.36	-.06	.06	-.25	-.03
Kirchgang	-.29 ^a	.18	.01	.04	-.13	.05	
Konstante	1.65 ^c	1.20 ^c	.58 ^b	.07	.01	.57 ^b	.15
Pseudo-R ²	.09	.05	.03	.02	.03	.02	.01
N	438	761	563	592	464	554	762

Signifikanzniveau: a: $p \leq .05$; b: $p \leq .01$; c: $p \leq .001$. Quelle: ZA 4182.

Um die Darstellung übersichtlich zu halten und möglichst viele Wahlen in die Analyse einbeziehen zu können, wird das vollständige Modell, das die Ebeneneffekte enthält, schrittweise aufgebaut. Ausgangspunkt der Betrachtung ist dabei ein reines Sozialstrukturmodell, das lediglich drei quasi-statische Merkmale enthält, die für die Zugehörigkeit zu jenen sozialen Großgruppen steht, deren Konflikte das deutsche Parteiensystem über viele Jahrzehnte hinweg entscheidend geprägt haben (vgl. Pappi 1973, 2002): die Schichtzugehörigkeit (Arbeiter vs. Nicht-

Arbeiter¹⁶), die Konfession (Katholiken vs. Nicht-Katholiken) und die über die Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs operationalisierte Verbundenheit mit einer der beiden großen Kirchen. Die Ergebnisse zeigt Tabelle 2. Der klarste Befund ergibt sich dabei für den Zusammenhang zwischen Arbeiterstatus und SPD-Wahl: Die Klassenzugehörigkeit differenziert zunächst sehr stark zwischen SPD-Wählern einerseits und den Wählern der kleineren Parteien sowie den Nichtwählern andererseits. Bei den beiden jüngsten Wahlen hat sich dieser Zusammenhang jedoch massiv abgeschwächt und ist nicht mehr signifikant von null verschieden. Die Merkmale Kirchengang und Katholizismus hingegen haben nur zweimal (1979 und 1983) einen signifikant negativen Einfluss auf die Wahlchancen der SPD. Ansonsten unterscheiden sich die Anhänger der SPD und die Wähler der kleineren Parteien sowie die Nichtwähler bezüglich dieser Merkmale kaum. Die CDU hingegen profitiert (wiederum in Kontrast zu den Wählern der kleineren Parteien sowie den Nichtwählern) bei allen Wahlen außer der von 1995 davon, wenn ein Wähler entweder der katholischen Konfession angehört oder unabhängig davon einer der beiden Großkirchen aktiv verbunden ist. Dabei ist zu beachten, dass die Variable Kirchengangshäufigkeit im Unterschied zu den dichotomen Merkmalen „Katholik“ und „Arbeiter“ sechs Stufen aufweist. Trotz der absolut gesehen relativ niedrigen Koeffizienten ist ihr (maximaler) Effekt deshalb beträchtlich.¹⁷

Obwohl ein Vergleich von (Pseudo-)R² über die Zeit hinweg problematisch ist, ergibt sich in der Tendenz der Eindruck, dass die Bedeutung der strukturellen Merkmale vergleichsweise gering ist und über die Zeit weiter sinkt.¹⁸ Dies stimmt allerdings nur bedingt, da die *Differenzen* zwischen den Koeffizienten, die für die beiden Parteien geschätzt werden, in der Mehrzahl der Fälle signifikant bleiben. Dass sich diese Differenzen über die Zeit reduzieren, ist allerdings unverkennbar. Dies gilt insbesondere für die Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht, die 1999 und vor allem 2003 kaum noch zwischen den beiden Großparteien differenziert (zur schwindenden Parteiidentifikation der Arbeiter vgl. auch Arzheimer 2006; für eine Analyse des Zusammenhangs zwischen soziostrukturellen Merkmalen und

¹⁶ Die Eingruppierung erfolgt auf der Grundlage des Berufs. In jenen Fällen, in denen keine Informationen zum Beruf des Befragten vorlagen, wurde ersatzweise der Beruf des Haushaltsvorstandes verwendet. Vgl. zu dieser Variable auch Fußnote 20.

¹⁷ 2003 wurde die Kirchengangshäufigkeit nicht erhoben. Dass für dieses Jahr ein relativ starker Effekt der katholischen Konfession geschätzt wird, erklärt sich zum Teil daraus, dass Katholiken häufiger zur Kirche gehen als Nicht-Katholiken.

¹⁸ In der Literatur findet sich eine kaum überschaubare Zahl von Vorschlägen für die Berechnung von Pseudo-R². Obwohl sich für identische Modelle die Werte dieser Maßzahlen oft stark unterscheiden, gibt es kein objektives Kriterium, anhand dessen man einer bestimmten Variante den Vorzug geben könnte. Bei allen hier ausgewiesenen Werten handelt es sich um McFadden's (unkorrigiertes) Pseudo-R².

In der Regel sind Pseudo-R² Werte niedriger als das R² für ein äquivalentes lineares Modell. Es existiert jedoch wiederum kein Maßstab dafür, welche Werte als „hoch“ oder „niedrig“ gelten sollen. Wie im Falle der linearen Regression spricht deshalb vieles dafür, überhaupt keine (Pseudo-)R²-Werte auszuweisen bzw. R² bestenfalls als einen (groben) Indikator zur Beurteilung von konkurrierenden Modellen zu betrachten, die sich auf *identische* Daten beziehen. Dass hier und im folgenden R²-Werte berichtet werden, ist deshalb in erster Linie der Konvention geschuldet. Für die politikwissenschaftliche Interpretation der Modelle sind hingegen primär die Koeffizienten und deren inhaltliche Bedeutung von Interesse.

Wahlverhalten im vereinten Deutschland vgl. Arzheimer/Schoen 2007). Dies steht in Einklang mit der oben geäußerten Vermutung, dass sich die (bislang auf die Landesebene beschränkte) Erosion der SPD-Dominanz durch den Bedeutungsverlust traditioneller Bindungen erklären lässt.

Dennoch sollte die politische Bedeutung der Gruppenzugehörigkeit auch in Bezug auf die jüngsten Wahlen nicht unterschätzt werden: So reduzierte die Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht bei der Bürgerschaftswahl 1999 die Unterstützung für die Union um rund zwölf Prozentpunkte, während die Wahlchancen der SPD um annähernd den gleichen Betrag stiegen. Umgekehrt erhöhte die Zugehörigkeit zur katholischen Konfession die Unterstützung für die Union um etwa acht Prozentpunkte.¹⁹ 2003 war der Effekt der Klassenzugehörigkeit mit nur etwa vier Prozentpunkten allerdings wesentlich schwächer und wirkte sich kaum noch auf den Erfolg der CDU aus, während das Merkmal „Katholizismus“ (bzw. Katholizismus/Kirchgang) wie oben dargelegt, an Bedeutung gewonnen hat. Vergleicht man diese Werte jedoch mit den geschätzten Differenzen für die Bürgerschaftswahl 1979, so zeigt sich sehr deutlich, wie groß der Bedeutungsverlust der Gruppenzugehörigkeit tatsächlich ist: Damals klafften zwischen den Wahlentscheidungen von Katholiken und Nicht-Katholiken bzw. Arbeitern und Nicht-Arbeitern Lücken von 20 Prozentpunkten und mehr.

Inhaltlich und politisch von größerer Bedeutung als die religiöse Praxis bzw. die bloße Zugehörigkeit zu den beiden (relativ kleinen und weiter schrumpfenden) sozialen Gruppen ist allerdings die Identifikation mit einer der beiden großen Parteien (PI), die bekanntermaßen im Zentrum des sogenannten Ann-Arbor-Modells steht. Derartige Identifikationen sind in Bremen wie in den anderen westdeutschen Ländern weit über die genannten Kerngruppen hinaus verbreitet. Tatsächlich ist der Zusammenhang zwischen den Merkmalen „Arbeiter“ und „SPD-Identifikation“ in der Umfrage zur Bürgerschaftswahl 1979 mit Cramers $V = .07$ relativ schwach und nicht signifikant von null verschieden, da sich zwar 48 Prozent der Arbeiter, aber auch 41 Prozent der Nicht-Arbeiter mit den Sozialdemokraten identifizierten.²⁰ In einigen der späteren Umfragen ergeben sich allerdings signifikante Abweichungen dadurch, dass der Anteilswert unter den Nicht-Arbeitern deutlich abgesunken ist, während er bei den Arbeitern in etwa konstant blieb. Ein fast spiegelbildliches Bild zeigt sich bezüglich der CDU-Identifikation: Über alle Umfragen hinweg identifiziert sich ein rundes Drittel der Katholiken und – bei seit 1979 leicht steigender Tendenz – etwas weniger als ein Fünftel der Nicht-Katholiken mit den Christdemokraten.²¹

¹⁹ Diese Werte basieren auf den geschätzten Wahlwahrscheinlichkeiten, die sich aus den Modellparametern in Tabelle 2 ergeben. Die Kirchgangshäufigkeit wurde auf ihren Mittelwert gesetzt.

²⁰ Wie oben in Fußnote 16 dargelegt, erfolgt die Schichtzuordnung auf der Grundlage des ausgeübten Berufs. Da die klassischen Theorien des Wahlverhaltens nicht von der (kollektiven) Interessenlage, sondern vielmehr von gruppenspezifischen internalisierten Wahlnormen ausgehen (vgl.), wäre es sinnvoller, statt dieses objektiven Kriteriums die subjektive Selbsteinstufung heranzuziehen (vgl. dazu Arzheimer/Schoen 2007). Diese steht in den vorhandenen Datensätzen jedoch nicht zur Verfügung.

²¹ In multivariater Betrachtungsweise erhöht die Häufigkeit des Gottesdienstbesuches unabhängig von der Konfession die Wahrscheinlichkeit einer Identifikation mit den

Angesichts der zentralen Stellung der PI ist es wenig überraschend, dass das Pseudo-R² dramatisch ansteigt, sobald diese Variable berücksichtigt wird. Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, sind die Effekte der Parteibindung stets sehr viel stärker als die simultanen Effekte der Gruppenzugehörigkeit.²² Dennoch bleiben einige signifikante Effekte der Gruppenzugehörigkeit erhalten. Erwähnenswert sind hier neben den positiven Einflüssen der Kirchengangshäufigkeit auf die Wahl der CDU vor allem die starken positiven Effekte des Merkmals „Arbeiter“ auf die Wahl der SPD bei den Bürgerschaftswahlen von 1995 und 1991.²³

Tabelle 3: Die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 1983, 1991, 1995, 1999 und 2003: Sozialstrukturelles Modell und Parteibindungen (Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten)

		1983	1991	1995	1999	2003
CDU	Arbeiter	.61	.11	.03	-.25	.10
	Katholik	-.32	-.92 ^a	.34	-.24	.41
	Kirchengang	.23	.21 ^a	.13	.24 ^a	
	PI SPD	.23	-.07	-.58	-.44	-.46
	PI CDU	3.80 ^c	3.32 ^c	2.89 ^c	2.89 ^c	2.88 ^c
	Konstante	-.67 ^b	-1.23 ^c	-1.20 ^c	-.62 ^a	-1.25 ^c
SPD	Arbeiter	.34	.67 ^a	1.18 ^c	-.14	.20
	Katholik	-.85 ^a	.09	.52	.34	.05
	Kirchengang	.12	-.02	-.13	.02	
	PI SPD	2.83 ^c	2.79 ^c	2.48 ^c	2.12 ^c	2.59 ^c
	PI CDU	-1.02	.07	-.79	-1.97	-.52
	Konstante	.29	-1.07 ^c	-1.35 ^c	-.43	-1.01 ^c
Pseudo-R ²		.43	.35	.35	.35	.33
N		728	589	457	549	750

Signifikanzniveaus: a: $p \leq .05$; b: $p \leq .01$; c: $p \leq .001$. Quelle: ZA 4182.

Gruppenzugehörigkeit, Kirchenbindung und PI (vgl. dazu zuletzt Arzheimer/Schoen 2005) sind über die Zeit relativ stabile und zudem ebenenunspezifische Determinanten des Wahlverhaltens, deren (relativer) Bedeutungsverlust Raum für kurzfristige und ebenenspezifische Einflüsse schafft. In einem letzten Analyseschritt soll das Modell deshalb um vier solche dynamischen und ebenenspezifischen Größen erweitert werden: das sogenannte Kandidatendifferenzial, das heißt die Differenz zwischen der Bewertung der beiden Spitzenkandidaten, die Bewertung der politischen Arbeit der beiden großen Parteien auf der Landes- und auf der Bundesebene sowie die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung. Aufgrund

Christdemokraten.

²² Da einige der logisch möglichen Variablenkonstellationen in dem (relativ kleinen) Datensatz zur Bürgerschaftswahl 1979 empirisch sehr schwach oder gar nicht besetzt sind (z.B. katholische Arbeiter mit einer SPD-Identifikation, die sehr häufig zur Kirche gehen und für die CDU stimmen), war es für diese Wahl leider nicht möglich, das um Parteibindungen ergänzte sozialstrukturelle Modell zu schätzen.

²³ Für den substanziellen negativen Effekt des Merkmals „Katholik“ bei der letztgenannten Wahl gibt es keine offensichtliche Erklärung.

der Datenlage können dabei leider nur die vier Bürgerschaftswahlen seit 1991 berücksichtigt werden. Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse.

Auch in dieser erweiterten Perspektive wird die Wahlentscheidung stark von der Parteiidentifikation beeinflusst. Die über das elfstufige Parteienskalometer erfasste Gesamtbeurteilung der jeweiligen *Landespartei* hat mit Koeffizienten zwischen .4 und .6 aber unabhängig davon einen massiven Effekt auf die Wahlentscheidung. Der konzeptuelle Status dieser Variable ist nicht völlig klar, da in die Skalometerwerte neben retrospektiven Beurteilungen und Erwartungen an die zukünftige Performanz der Parteien mit Sicherheit auch reine Sympathie- und Verbundenheitsgefühle einfließen. Da aber im Modell die Effekte der Kandidaten und der langfristigen Parteibindung statistisch kontrolliert werden, erscheint es legitim, die Beurteilung der Landespartei primär im Sinne einer landespolitischen Issue- bzw. Performanz-Komponente²⁴ zu interpretieren.

Tabelle 4: Die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 1991, 1995, 1999 und 2003: Sozialstrukturelles Modell mit Parteibindungen sowie Bewertung der Parteien Bund/Land, der Kandidaten und der Bundesregierung (Angaben: **unstandardisierte Logitkoeffizienten**)

		1991	1995	1999	2003
CDU	Arbeiter	-.28	-.04	-.83	-.38
	Katholik	-1.23 ^a	1.06	-.40	.51
	Kirchgang	.19	.13	.27	
	PI SPD	.77	-.04	.32	-.15
	PI CDU	2.72 ^c	2.21 ^c	1.79 ^b	2.05 ^c
	Kandidaten	-.11	-.06	-.39 ^b	.01
	CDU-Land	.59 ^c	.44 ^c	.46 ^b	.63 ^c
	SPD-Land	-.16	-.04	-.06	-.02
	CDU-Bund	.19	.16	.28 ^a	.23 ^b
	SPD-Bund	.18	-.04	-.12	-.13
	Bundesregierung	-.07	.01	-.05	-.12
	Konstante	-6.95 ^c	-5.41 ^c	-4.11 ^c	-5.90 ^c
SPD	Arbeiter	.24	1.20 ^b	-.65	.12
	Katholik	.03	.63	1.01	.11
	Kirchgang	.10	-.06	.11	
	PI SPD	2.06 ^c	1.71 ^c	1.92 ^c	2.40 ^c
	PI CDU	1.07	-.21	-32.05	.02
	Kandidaten	.08	.09	.09	.01
	CDU-Land	.06	.14	.36 ^b	.11
	SPD-Land	.63 ^c	.54 ^c	.39 ^b	.38 ^c
	CDU-Bund	-.05	-.04	-.21	-.05
	SPD-Bund	.06	.06	.34 ^a	-.05
	Bundesregierung	-.07	-.03	.11	.11
	Konstante	-6.32 ^c	-6.31 ^c	-8.53 ^c	-4.83 ^c

²⁴

Vgl. dazu auch die klassische Unterscheidung zwischen Positions- und Valenzissues

Pseudo-R ²	.55	.54	.56	.47
N	450	374	420	631

Signifikanzniveaus: a: $p \leq .05$; b: $p \leq .01$; c: $p \leq .001$. Quelle: ZA 4182.

Die Beurteilung der Kandidaten hingegen hat nur einmal einen signifikanten Einfluss auf die Wahlchancen der CDU, nämlich 1999, als die SPD ihren Wahlkampf ganz auf den über die eigenen Reihen hinaus ungewöhnlich populären Henning Scherf abstellte (vgl. Roth 2000: 19).²⁵ Bei dieser Wahl war ihr Effekt allerdings erheblich größer als der der Parteienbewertung, da das Kandidatendifferenzial 21 Skaleneinheiten aufweist.

Die Bewertung der Bundesparteien hat nur in drei Fällen (1999 bei der Wahl von SPD und CDU und 2003 bei der Wahl der CDU) einen signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung.²⁶ In jedem dieser Fälle ist ihr Effekt weitaus schwächer als die Effekte, die von den Landesparteien ausgehen.²⁷

Die Bewertung der Bundesregierung schließlich hat in keinem Fall einen signifikanten Effekt auf das Abstimmungsverhalten bei den Bürgerschaftswahlen. Lediglich die Differenz zwischen dem positiven Effekt auf die Wahl der SPD und dem negativen Effekt auf die Wahl der CDU ist bei der Wahl von 2003 signifikant von null verschieden.

Fasst man diese Ergebnisse zusammen, so scheinen sie die zu Beginn dieses Kapitels präsentierte Selbsteinschätzung der Wahlberechtigten zu bestätigen: Bundespolitische Überlegungen spielen bei der Wahl zur Bürgerschaft eine gewisse Rolle, sind aber weitaus weniger wichtig als die globale Bewertung der Landesparteien sowie – zumindest unter bestimmten Umständen – der Spitzenkandidaten. Daneben spielen langfristige Parteiloyalitäten eine wichtige Rolle, die aber nicht eindeutig einer politischen Ebene zugeordnet werden können. Allerdings sollten diese Ergebnisse wie stets mit einer gewissen Vorsicht betrachtet werden, da gerade im Kontext einer Wahlumfrage die Wahlabsicht bzw. das Wahlverhalten im Sinne einer Rationalisierung die Beantwortung der Parteiidentifikationsfrage und der Skalometerfragen beeinflussen können, wodurch deren Effekt überschätzt würde.²⁸

²⁵ Die Differenz zwischen den Koeffizienten für die Wahl von SPD und CDU ist ebenfalls nur bei dieser Wahl signifikant von null verschieden.

²⁶ Dies gilt auch dann, wenn man die Differenzen betrachtet.

²⁷ Bemerkenswerterweise sind die Bewertungen von Bundes- und Landesparteien zwar substantiell miteinander verbunden, aber keineswegs deckungsgleich: Die Pearsonschen Korrelationen liegen im Bereich zwischen .64 und .81, was einer gemeinsamen Varianz von lediglich 41 bis 65 Prozent entspricht.

²⁸ Von einem solchen Rationalisierungseffekt müssten allerdings in ähnlicher Weise auch die Skalometer der Bundesparteien beeinflusst werden. Dass deren Effekte weitaus schwächer sind, spricht wiederum für die Validität der hier vorgestellten Befunde.

6. Zusammenfassung und Ausblick

Gegenstand des vorliegenden Beitrags war die Frage, ob und wann sich im kleinsten Bundesland bundespolitische Einflüsse auf das Verhalten bei den Landtagswahlen nachweisen lassen. Für eine Zunahme solcher Einflüsse spricht die bereits in den 1970er Jahren hohe und seitdem immens gestiegene Verschuldung des Landes, die Bremen in ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis vom Bund gebracht hat. Andererseits sind aufgrund der bescheidenen Größe des Landes und anderer Besonderheiten in Bremen Kommunal- und Landespolitik noch stärker miteinander verflochten als in den beiden anderen Stadtstaaten, was den Einfluss der Bundespolitik beschränken sollte.

Ein Überblick über die Geschichte der Landtagswahlen seit dem Krieg zeigt, dass sich die politische Entwicklung im Land und im Bund erheblich voneinander unterscheiden. Anders als im Bund war in Bremen die SPD die klare Gewinnerin des Konzentrationsprozesses im Parteiensystem, der in den 1950er Jahren einsetzte. Für die damit verbundene jahrzehntelange Hegemonie der Sozialdemokraten und die eklatante Schwäche der CDU gibt es auf der Bundesebene keinerlei Entsprechung. Ähnliches gilt für die spätere Aufsplitterung des Bremer Parteiensystems seit den 1980er Jahren. *Innerhalb* des Landes sind die Ergebnisse von Bundestags- und Landtagswahlen einander allerdings relativ ähnlich. Dies gilt vor allem für den Zeitraum vom Ende der 1950er bis zur Bürgerschaftswahl 1991, die einen Wendepunkt in der Wahlgeschichte des Landes darstellt: Einerseits markiert sie das Ende der sozialdemokratischen Dominanz, andererseits steigt die Zahl der Nichtwähler nach 1991 auf historische Höchststände. Beide Phänomene sind jedoch bislang auf die Landesebene beschränkt, sodass sich Bundes- und Landtagswahlergebnisse seit Mitte der 1990er Jahre stärker unterscheiden als jemals zuvor in der Geschichte des Landes.

Trotz der über einen langen Zeitraum zu verzeichnenden großen Übereinstimmung der Wahlergebnisse, spricht bei näherer Betrachtung wenig dafür, dass die Bundespolitik einen starken Einfluss auf die Landtagswahlentscheidung gehabt hat, da das Kräfteverhältnis der beiden großen Parteien in Bremen über Jahrzehnte hinweg relativ stabil war und sich kaum Bezüge zu den Entwicklungen im Bund konstruieren lassen. Insbesondere die empfindlichen SPD-Verluste seit Beginn der 1990er Jahre lassen sich offensichtlich nicht als Referendum über die Politik einer SPD-geführten Bundesregierung interpretieren. Umgekehrt erzielte die SPD 1971, also zu einer für die Bundesregierung aufgrund der Debatte um die Ostverträge nicht unproblematischen Zeit und nur wenige Monate vor dem Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt, ihr bestes Landtagswahlergebnis überhaupt. 1999 und 2003 schließlich konnten die Sozialdemokraten trotz des negativen Bundestrends gegenüber dem Ergebnis von 1995 immerhin leichte Verbesserungen erzielen.

Plausibler scheint es deshalb anzunehmen, dass eine Reihe von regionalen bzw. lokalen strukturellen Gegebenheiten – die geringe Zahl von Katholiken, die Tradition von Hafen, Schwerindustrie und Schiffbau, das Bündnis von Arbeitern und Kaufleuten, die bescheidene Größe des Zwei-Städte-Staats und nicht zuletzt die

parteilpolitische Durchdringung der Institutionen – für das im Vergleich eher ungewöhnliche Wahlverhalten der Bremer auf *beiden* Ebenen des politischen Systems verantwortlich sind bzw. waren.

Für den Zeitraum von 1991 bis 2003 lässt sich der Einfluss ebenenspezifischer dynamischer Faktoren (Evaluationen der Kandidaten, der Bundes- und Landesparteien sowie der Bundesregierung) mit Mikrodaten modellieren. Dabei zeigt sich, dass bundespolitische Überlegungen für die Wahlentscheidung in Bremen weitaus weniger wichtig sind als die Leistungsbilanz der Landesparteien und gegebenenfalls die Bewertung der Spitzenkandidaten. Neben diesen genuin lokalen Faktoren spielen – wenn auch in zusehends geringerem Umfang – Gruppenbindungen sowie langfristige Parteiloyalitäten eine wichtige Rolle, die aber nicht eindeutig einer bestimmten politischen Ebene zugeordnet werden können. Zumindest für Bremen scheint somit die These, dass sich Landtagswahlen zu bundespolitischen Nebenwahlen entwickeln (oder in der Vergangenheit von der Bundespolitik dominiert wurden), nicht haltbar zu sein.

Literatur

- Achen, Christopher H. 1977: Measuring Representation: Perils of the Correlation Coefficient. In: *American Journal of Political Science* 21, 805-815.
- Alemann, Ulrich von 2000: *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Andreß, Hans-Jürgen/Hagenaars, Jacques A./Kühnel, Steffen 1997: *Analyse von Tabellen und kategorialen Daten*. Berlin u.a.: Springer.
- Arzheimer, Kai 2001: Die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft und zum Berliner Abgeordnetenhaus 2001. In: *Gegenwartskunde* 50, 471-481.
- Arzheimer, Kai 2006: "Dead Men Walking?" Party Identification in Germany, 1977-2002. In: *Electoral Studies* 25, 791-807.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald 2005: Erste Schritte auf kaum erschlossenem Terrain. Zur Stabilität der Parteidentifikation in Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 629-654.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald 2007: Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozioökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994-2005. In: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 89-112.
- Burkhart, Simone 2005: Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2000. In: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 14-38.
- Campbell, Angus 1960: Surge and Decline. A Study of Electoral Change. In: *Public Opinion Quarterly* 24, 397-418.
- Carrubba, Cliff/Timpone, Richard J. 2005: Explaining Vote Switching Across First- and Second-Order Elections: Evidence From Europe. In: *Comparative Political Studies* 38:3, 260-281.
- Decker, Frank/von Blumenthal, Julia 2002: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33, 144-165.
- Dinkel, Rainer 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 348-360.

- Dinkel, Rainer 1981: Diskussion: Zur Gesetzmäßigkeit der Trendverschiebungen zwischen Landtags- und Bundestagswahlen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 12, 135-139.
- Dinkel, Rainer 1989: Landtagswahlen unter dem Einfluss der Bundespolitik. Die Erfahrungen der letzten Legislaturperioden. In: Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans/Troitzsch, Klaus G. (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main u.a.: Lang, 253-262.
- Falter, Jürgen W. 1981: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn. In: Politische Vierteljahresschrift 22, 236-263.
- Hough, Daniel/Jeffery, Charlie 2001: The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany. In: German Politics 10, 73-98.
- Hough, Daniel/Jeffery, Charlie 2003: Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34, 79-94.
- Hough, Daniel/Jeffery, Charlie 2006: Germany: An erosion of federal-Länder linkages? In: Hough, Daniel/Jeffery, Charlie (Hrsg.): Devolution and Electoral Politics. Manchester: Manchester University Press, 119-139.
- King, Gary 1986: How Not to Lie with Statistics: Avoiding Common Mistakes In Quantitative Political Science. In: American Journal of Political Science 30, 666-687.
- King, Gary/Tomz, Michael/Wittenberg, Jason 2000: Making the Most of Statistical Analysis. Improving Interpretation and Presentation. In: American Journal of Political Science 44, 341-355.
- Pappi, Franz Urban 1973: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. In: Politische Vierteljahresschrift 14, 191-213.
- Pappi, Franz Urban 2002: Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential? In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur. Opladen: Leske + Budrich, 25-46.
- Pedersen, Mogens N. 1983: Changing Patterns of Electoral Volatility in European Party Systems, 1948-1977: Explorations in Explanation. In: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hrsg.): Western European Party Systems. Continuity and Change. Beverly Hills, London, New Delhi: Sage Publications, 29-66.
- Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann 1980: Nine National Second-Order Elections: A Systematic Framework for the Analysis of European Elections Results. In: European Journal of Political Research 8, 3-44.
- Röper, Erich 1975: Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 28. September 1975. Regionale Ausnahme oder Beispiel für die Sicherung einer sozial-liberalen Regierungsmehrheit durch Zugewinn der F.D.P.? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 6, 509-526.
- Roth, Reinhold 1980: Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 7. Oktober 1979. Protest gegen die etablierten Parteien? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 11, 196-210.
- Roth, Reinhold 1984: Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 25. September 1983. Regierbarkeit schon durch Regierungsmehrheit? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 15, 226-236.
- Roth, Reinhold 1988: Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 13. September 1987. Die SPD als Regierungspartei ohne Alternative? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 19, 59-70.
- Roth, Reinhold 1996: Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 14. Mai 1995: Machtparität von SPD und CDU. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 27, 272-283.
- Roth, Reinhold 2000: Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 6. Juni 1999: Klares Votum für die Koalition der Sanierer. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 31, 18-27.
- Roth, Reinhold 2004: Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 25. Mai 2003: Triumph für Henning Scherf und Bestätigung der Großen Koalition. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 35, 241-252.

- Schmollinger, Horst W. 1983: Die Deutsche Partei. In: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band 1. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1025-1111.
- Schoen, Harald 2005: Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 135-185.
- Stokes, Donald E. 1963: Spatial Models of Party Competition. In: American Political Science Review 57, 368-377.
- Stöss, Richard 1983: Die Gesamtdeutsche Partei. In: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band 2. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1460-1477.
- van der Eijk, Cees/Franklin, Mark/Marsh, Michael 1996: What Voters Teach Us About Europe-Wide Elections: What Europe-Wide Elections Teach Us About Voters. In: Electoral Studies 15, 149-166.
- van der Eijk, Cees/Franklin, Mark N. (Hrsg.) 1995: Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Veall, Michael R./Zimmermann, Klaus F. 1996: Pseudo-R2 Measures for Some Common Limited Dependent Variable Models. In: Journal of Economic Surveys 10, 241-259.

Anhang

Wichtigkeit der Bundespolitik für Wahlentscheidung bei Landtagswahl: 1979: „Es wird in der letzten Zeit häufig behauptet, dass bei Landtags- und Bürgerschaftswahlen Bundespolitik eine immer stärkere Rolle spielt. Wie ist das bei Ihnen: Ist für Ihre Wahlentscheidung wichtiger, was hier im Land Bremen geschieht oder was in Bonn geschieht?“, 1 „Bremen“, 2 „Bonn“. 1983: zusätzliche Antwortmöglichkeit: 3 „beides“. 1999, 2003: [Falls der/die Befragte die Wahlteilnahme nicht ausschließt] „Wenn Sie an Ihre Wahlentscheidung für die Bürgerschaftswahl im Land Bremen denken, was ist da für Sie wichtiger?“, 1 „Die Politik im Land Bremen“, 2 „Die Politik im Bund“.

Arbeiter: 1979: [Falls die/der Befragte berufstätig oder früher berufstätig gewesen] „Zu welcher dieser Berufsgruppen gehören bzw. gehörten Sie?“; 1983: „Sind Sie zur Zeit berufstätig, oder waren Sie einmal berufstätig, oder was trifft von dieser Liste für Sie zu?“; 1987: [Falls die/der Befragte berufstätig ist oder war] „Sind (Rentner: waren) Sie ...“ (Falls Beruf nicht zuordnenbar, dann genaue Berufsbezeichnung notieren!); 1991, 1995, 1999, 2003: [Falls die/der Befragte berufstätig ist oder früher berufstätig gewesen ist] „Sind (Rentner/Arbeitslose: waren) Sie ...?“ In jedem Jahr standen umfangreiche (variierende) Auswahllisten zur Verfügung. Alle Varianten von „Arbeiter“ wurden als „1“, die übrigen Berufe als „0“ kodiert. Fehlende Werte wurden durch den Beruf des Haushaltsvorstandes (sofern vorhanden) ersetzt.

Katholik (1979-2003): „Welcher Konfession oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?“

Kirchgangshäufigkeit (1979, 1983, 1995): [Falls die/der Befragte einer Konfession oder Glaubensgemeinschaft angehört (1987: Religionsgemeinschaft) (1991: Konfession) (1999: Glaubensgemeinschaft)] „Wie oft gehen Sie im allgemeinen zur Kirche? Bitte nennen Sie mir den entsprechenden Buchstaben.“; 1 „an jedem Sonntag“, 2 „fast jeden Sonntag“, 3 „ab und zu“, 4 „einmal im Jahr“, 5 „seltener“, 6 „nie“.

Parteiidentifikation (1983, 1991, 1995, 1999, 2003): „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja welcher?“

Sympathieskalometer Bundes- und Landesparteien (1991): „Und nun noch etwas genauer zu den Parteien in Deutschland und hier in Bremen (1995, 1999, 2003: und im Land Bremen). Stellen Sie sich einmal ein Thermometer vor, das aber lediglich von ‚Plus 5‘ bis ‚Minus 5‘ geht, mit einem Nullpunkt dazwischen. Sagen Sie mir bitte mit diesem Thermometer, was Sie von den einzelnen Parteien halten. ‚Plus 5‘ bedeutet, dass Sie sehr viel von der Partei halten, ‚Minus 5‘ bedeutet, dass Sie überhaupt nichts von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen. Was halten Sie von der (Parteiename)?“

Zufriedenheit mit der Bundesregierung: „[Und] wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung (1991, 1995: CDU/CSU-FDP; 1999, 2003: SPD und Grüne) [in Bonn]?“; -5 „vollständig unzufrieden“, +5 „vollständig zufrieden“.

Bewertung der Spitzenkandidaten (1991, 1995, 1999, 2003): „Bitte sagen Sie mir wieder mit dem Thermometer von ‚Plus 5‘ bis ‚Minus 5‘, was Sie von einigen führenden Politikern halten. ‚Plus 5‘ bedeutet, dass Sie sehr viel von dem Politiker halten. ‚Minus 5‘ bedeutet, dass Sie überhaupt nichts von ihm halten. Wenn Ihnen einer der Politiker unbekannt ist, brauchen Sie ihn natürlich nicht einzustufen. Was halten Sie von (Politikername)?“

Kandidatendifferenzial: Bewertung SPD-Kandidat – Bewertung CDU-Kandidat, Wertebereich: +10 „halte sehr viel von SPD-Kandidat, gar nichts von CDU-Kandidat“, -10 „halte gar nichts von SPD-Kandidat, sehr viel von CDU-Kandidat“.